

8./VI. 1917.

Oesterreich-Ungarn.

Die Krise im Abgeordnetenhaus.

Wien, 7. Juni. (Priv.-Tel.) Der Wunsch, das Abgeordnetenhaus vor dem Zusammenbruch zu bewahren, ist zur Zeit stärker als jede andere notwendige politische Erwägung. Die Deutschen sind wohl äußerst erbittert, aber die ganze Tragweite der vorgestrigen Abstimmung wird doch nur von den wenigsten klar erfaßt. Sie sind erbittert, weil eine Vereinbarung nicht eingehalten worden ist, der zufolge sie manche Forderungen zurückgestellt hätten, sie fühlen auch instinktiv, daß die Behandlung, die ihnen jetzt in der Volksvertretung zuteil wird, in keiner Weise ihren unvergleichlichen Leistungen und Opfern für den Staat entspricht. Sie haben sogar gestern eine Zusatzresolution des polnischen Abgeordneten Leo zur Geschäftsordnung um des lieben Friedens willen angenommen, die sicherlich noch mehr als der Antrag Franta den österreichischen Reichsrat in einen babylonischen Turm verwandeln wird. Nach dieser Resolution werden in Zukunft nicht nur die nicht-deutschen Reden im Wortlaut in das Protokoll aufgenommen, sondern sie erhalten sogar eine amtliche deutsche Uebersetzung. Dadurch entfällt für die Slawen der letzte Anreiz, im Hause noch deutsch zu sprechen; denn ihnen wird außer zu dem Recht der unkontrollierten und doch immunisierten Reden auch noch zu dem Vorteil verholten, daß ihre Reden in Zukunft auch von den Deutschen gelesen werden können, was bisher nicht der Fall war, da bisher die Blätter nur mitteilten, der Abgeordnete K. D. habe eine nicht-deutsche Rede gehalten. Es wird fortan im Reichsrat jeder Slawe, der noch Deutsch zu sprechen wagt, von seinen Landsleuten als ein Verräter verschrien werden und deshalb wird das Abgeordnetenhaus kaum noch ein Parlament mit innerem Zusammenhang und einheitlicher präsidentialer Leitung sein. Daß auf diese Weise der Parlamentsgedanke selbst einer vorübergehenden Erleichterung der Lage zuliebe geopfert worden ist, liegt auf der Hand. Der Trost, daß die Slawen, nachdem sie im Prinzip ihr Uebergewicht festgestellt haben, nun um der Verständigung willen doch deutsch sprechen werden, ist nach den Erfahrungen, die man bisher schon gemacht hat, hinfällig. Es spricht eben jeder nur noch für seine eigene Gruppe und seine eigenen Wähler. Daß angesichts dieser Entwicklung den Deutschen allmählich die Freude am Parlament und am Staat verleidet wird, liegt eben klar auf der Hand. Es entrollt sich damit in absehbarer Zeit ein schweres Problem, dessen Bedeutung man nicht weiter auszuführen braucht.

Wien, 7. Juni. (Priv.-Tel.) In der Frage des vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Gesetzes über die Protokollierung der fremdsprachlichen Reden glaubt man in parlamentarischen Kreisen, daß das Herrenhaus an der Geschäftsordnung Aenderungen vornehme und daraufhin das Gesetz neuerlich an das Abgeordnetenhaus zurückweisen wird. In der Verfassungspartei des Hauses wurde gestern einstimmig beschlossen, im Falle der Aufrechterhaltung des tschechischen Antrages in das Gesetz eine Bestimmung aufzunehmen, wonach in das stenographische Protokoll nur die in deutscher Sprache gehaltenen Reden aufgenommen werden dürfen. Die Mittelpartei des Herrenhauses schließt sich diesem Antrag an.

Wien, 7. Juni. (Priv.-Tel.) In Beantwortung einer vom tschechischen Verband in der ersten Sitzung des Abgeordnetenhauses an den ehemaligen Abgeordneten Dr. Kramarsch gerichteten Rundgebung hat dieser an den genannten Verband aus dem Gefängnis folgende Antwort gesandt: Teure Freunde, ich danke Euch für Euer freundliches Gedenken, das mich sehr ergriffen hat, und bitte Euch, daß Ihr auch meine herzlichsten Grüße entgegen nehmt. Ich grüße Euch freundschaftlichst und verbleibe Euer Dr. Karl Kramarsch.

Wien, 7. Juni. (Priv.-Tel.) Die parlamentarische Priestervereinigung hielt gestern unter dem Vorsitz ihres Obmannes Msgr. Stojann eine Beratung ab, in der beschlossen wurde, folgenden von den Abgg. Stojann und Gen. unterzeichneten Dringlichkeitsantrag in der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses einzubringen:

Als Vertreter der christlichen Religion, der Religion der Liebe und des Friedens erachten wir es als unsere Pflicht, entsprechend den Interessen des heiligen Vaters Benedikt XV. und des Kaisers Karl I. nachstehenden Antrag einzubringen: Das hohe Haus wolle beschließen: Die k. k. Regierung wird dringend aufgefordert, alle nötigen Schritte zur schleunigsten Abschließung eines ehrenvollen Friedens zu unternehmen.